

Dr. Reinhard J. Voß

**Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein. Über das Friedenspotential der Religionen . Vortrag in SanctClara, Mannheim am 13.11.2008 im Rahmen der Ökumenischen Friedensdekade „Frieden riskieren“**

### 0 Einführung in das Thema

„Gott ist gefährlich“ - so überschrieb die ZEIT einen Beitrag des Soziologen Ulrich Beck. Da wundert es nicht, dass der britische Erfolgsautor Ian McEwan von einer Welt ohne Religion träumt: Das wäre dann „eine Welt voller Demut vor der Heiligkeit des Lebens“. Die Religionen hingegen stünden „im Zentrum der großen Konflikte unserer Zeit“. Stimmt, sagt auch die frühere US-Außenministerin Madeleine Albright, Religionen sind schon immer (wenn auch nicht nur) ein „Quell von Hass und Konflikt“, gerade in der Politik.

Nach dem verheerenden 2. Weltkrieg keimten andere Hoffnungen und wurden große kirchliche Versprechen gemacht. Das „Darmstädter Wort“ von 1945 und das „Stuttgarter Schuldbekenntnis“ der EKD von 1947 setze ich als bekannt voraus. Und der ÖRK hat bei seiner Gründung 1948 in Amsterdam eindrucksvoll deklariert: Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein! Und im letzten Jahrzehnt haben sich die Kirchen in Deutschland (und auch der ÖRK bei seiner Vollversammlung in Porto Alegre 2007) vom traditionellen Konzept des „gerechten Krieges“ verabschiedet. Stattdessen wird der „gerechte Friede“ als Weg und Ziel bestimmt; dies soll 2011 in Kingston/Jamaika bei der Weltkonferenz des ÖRK zum Abschluss der Dekade zur Überwindung von Gewalt bekräftigt werden. (Ich komme darauf zurück.)

- In diesem Vortrag will ich zunächst auf diesen Paradigmenwechsel näher eingehen und noch einige weitere Stellungnahmen zu Gehör bringen bzw. erwähnen, die ich Ihnen auch gern schriftlich zusammengestellt hinterlasse, wenn Sie mir Ihre Emailadresse geben (12 S.: Kirchen zum „gerechten Frieden“).
- Sodann gehe ich auf die Gefahr des Missbrauchs von Religion und religiösen Mustern, Bedürfnissen und Visionen ein, bevor ich im 3. Teil das Friedenspotential der Religionen an aktuellen Beispielen darstelle.
- Ich stelle Ihnen dann aus meiner Sicht als Mit-Vorbereiter von beiden eine ökumenische und eine staatliche Initiative vor, die in den letzten 15 Jahren – miteinander zusammenhängend und doch unabhängig voneinander – politische Wege zur Friedensarbeit und Friedenspolitik aus dem Geist der Gewaltfreiheit bzw. des Gerechten Friedens aufzeigen und gehen. Sie werden beide kennen: „Schalomdiakonat“ und „Ziviler Friedensdienst“.
- Abschließend will ich dann sozusagen „Politikempfehlungen“ in der Übergangszeit von der Bush- zur Obama-Ära geben – zitiert aus einer Eingabe an die 3. Europäische Ökumenische Versammlung in Sibiu/Rumänien vom September 2007 - vor gut einem Jahr.

## TEIL 1 Der Paradigmenwechsel der Kirchen vom „Gerechten Krieg“ zum „Gerechten Frieden“

Das Jahr 2000 bezeichnet für die friedensethische Diskussion – mindestens in Deutschland - einen Paradigmenwechsel: weg von der Ethik des „gerechten Krieges“, der seit der konstantinischen Wende (von der „Ur- und Früh-Gemeindekirche“ zur Staatskirche) im 4. Jhd. eineinhalb Jahrtausende prägend war, und hin zu einer Friedensethik, die diesen Namen verdient.

Die Jahrzehnte nach dem verheerenden 2. Weltkrieg sind in den deutschen Kirchen ein stetiges Ringen um diese friedensethische Grundaussage gewesen. Ein Meilenstein dabei war die Schrift der katholischen Deutschen Bischofskonferenz im September 2000 „Gerechter Friede“, die ihr Pendant sieben Jahre später in der EKD-Erklärung 2007 fand: „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“. Dennoch gehört der kath. Kirche nicht das Copyright zum Gerechten Frieden; ich würde es im Kontext dieser Diskussion an Dorothee Sölle geben, in deren Glaubensbekenntnis aus den 70er Jahren die Vision vom „Gerechten Frieden“ als Vision schon aufscheint und wörtlich so vorkommt:

Ich glaube an den gerechten Frieden  
Der herstellbar ist  
An die Möglichkeit eines sinnvollen Lebens  
Für alle Menschen  
An die Zukunft dieser Welt Gottes  
Amen

Aber ich weiß auch, dass beide großen Kirchen-Denkschriften der Kritik ausgesetzt sind, letztlich doch Legitimationen für Militäreinsätze zum Schutz bedrohter Bevölkerungen (so der ÖRK) zuzulassen. Den Stand der Diskussion hat eine Stellungnahme der Ev. Kirche im Rheinland 2005 so zusammengefasst:

„Als Fazit der Diskussion im ökumenischen Bereich ist festzuhalten: Militärische Gewalt als äußerstes Mittel (*ultima ratio*) wird ökumeneweit friedensethisch gar nicht oder nur eingeschränkt bejaht. Stattdessen wird in Übereinstimmung mit den Ergebnissen des Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung eindeutig die Gewaltfreiheit als vorrangig (*prima ratio*) festgesetzt. Sachgemäß im Sinne des Leitbildes vom gerechten Frieden wäre die Kurzformel: „Wenn du den Frieden willst, bereite den Frieden vor“ (*Si vis pacem para pacem*). Die Kirchen haben sich dazu im Rahmen ihres Auftrags vorrangig mit theologischen und ethischen Beiträgen zu positionieren. Das können sie umso besser leisten, je mehr sich ihre Mitglieder sowie Initiativen und Gruppen aktiv an diesem Werk beteiligen.“

## TEIL 2 Die Gefahr des Religion-Missbrauchs zu gewaltförmigen „Lösungen“

Die Geschichte der staatskirchlichen Phase des Christentums beginnt, wie gesagt, dem 4. Jhd. für die Zeit des Römischen Reiches und seiner Nachfolge-Reiche bis zu Karl „dem Großen“ und dessen Vision vom „Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation“, das erst Napoleon 1806 auflöste und für das der „Sachsenschlächter“ Karl durchaus sehr weltliche Kriege im Namen Gottes führte. Diese Linie geht weiter im Zeitalter der sog. „Glaubenskriege“, von der Reformation über den 30jährigen Krieg bis zum Meilenstein des Westfälischen Friedens von 1648. Sie ist deutlich in den auch religiös begründeten europäischen Eroberungskriegen in Süd- und Nordamerika ab dem 16.Jhd. und schließlich auch in Teilen der weltweiten „Mission“, wo diese im engen Bündnis mit Staaten und Militärs erfolgte – und sie ist dann noch lange nicht beendet; sie findet sich wieder in der unheilvollen Verquickung von Staat und Kirche bzw. Staat und Religion bis in unsere Tage. Die Koppelschlösser der Soldaten im 1. Weltkrieg mit den blasphemischen Worten „Gott mit uns“ sind bis genau vor 90 Jahren getragen worden! Gestern war der 90jährige Gedenktag zum Kriegsende 1918 mit über 9 Millionen Toten. Und erst ein Menschenalter her sind die Exzesse unkritischer Staatstreue der sog. „deutschen Christen“ im Nazireich. Und bis heute erleben wir einen religiös motivierten „Krieg gegen den Terror“ (inklusive Afghanistan- und Irakkrieg) des noch im Amt befindlichen, abgewählten George W. Bush.

Es gibt einen Brief der Präsidentin des Bischofsrates der „United Methodist Church“, Sharon A. Brown Christopher, vom 4. Oktober 2002, an alle Kirchenmitglieder und damit damals auch an George W. Bush, Mitglied dieser Kirche, der nicht direkt an Präsident Bush übergeben werden durfte. Der Brief reflektierte damals im Vorfeld des geplanten Irakkrieges wie auch heute viele unserer Bedenken als Pazifisten und Christen [von mir entnommen und übersetzt von der website der UMC].

Ich zitiere mit einer gewissen Genugtuung nach der Abwahl von Bush II:

„Liebe evangelisch-methodistische Schwestern und Brüder im Glauben, (...) Es ist völlig klar, dass das Evangelium Christi ein Evangelium des Friedens ist. Jesus verwirft die gewaltsame Reaktion auf das Böse. „Wer das Schwert nimmt, der wird durch das Schwert umkommen.“

Wenn Jesus zu uns redet und von einer neuen Lebensweise spricht, dann verkündigt er, dass Friedensstifter gesegnet werden und dass sie „Gottes Kinder heißen“ werden. Er setzt den Maßstab sogar noch höher an, wenn er uns nachdrücklich auffordert, unsere Feinde zu lieben und „für die zu bitten, die euch verfolgen“. Paulus sagt uns, dass wir nicht Böses mit Bösem vergelten, sondern „Böses mit Gutem überwinden“ sollen.

Unsere Generalkonferenz nimmt dazu auf der Grundlage dieser Lehren so Stellung: „Einige Staaten besitzen mehr militärische und wirtschaftliche Macht als andere. Die Machthaber sind dafür verantwortlich, dass ihr Reichtum und ihr Einfluss mit Zurückhaltung eingesetzt werden. ... Wir glauben, dass Krieg mit der Lehre und dem Beispiel Christi unvereinbar ist. Wir verwerfen deshalb den Krieg als Instrument der Politik. Wir bestehen darauf, dass es die wichtigste moralische Pflicht aller Staaten ist, alle zwischen ihnen aufkommenden Konflikte mit friedlichen Mitteln zu regeln.“

[evtl. nur schriftl.Fassung: Der Brief ging dann auf den irakischen Diktator Saddam Hussein und seine grausame Herrschaft sowie dessen Missachtung zahlreicher Resolutionen der Vereinten Nationen ein, und betonte aber sehr klarsichtig und entschieden:

„Ein Präventivkrieg gegen einen Staat wie den Irak widerspricht aber in jeder Hinsicht dem, was wir als Wesen des Evangeliums verstehen, den Lehren unserer Kirche und unserem Gewissen. Ein präventiver Angriff gibt vielmehr jede Zurückhaltung auf und verhindert die angemessene Anwendung friedlicher Mittel zur Konfliktlösung. Angesichts dieser Sachlage ist es für Menschen in der Nachfolge Christi nicht möglich zu schweigen.“ Wenn Saddams Politik auch „tiefes Erschrecken“ auslöse, so sei die methodistische Kirche „jedoch schon immer (aus historischen Gründen) eine Kirche gewesen, die nach Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung trachtet.“

Dann allerdings kommt noch die „Ultima ratio“ in einem Satz vor, aber sehr einschränkend: „Auch wenn wir anerkennen, dass die Anwendung militärischer Mittel unter außergewöhnlichen Umständen zur Selbstverteidigung nötig werden kann, steht unser Gehorsam gegenüber dem, was nach unserem Verständnis das Wesen des Evangeliums von uns fordert, an erster Stelle: Gnade, Barmherzigkeit, Friede, Gerechtigkeit und Liebe.“]

Der Brief schließt mit den Worten:

„Deshalb rufe ich uns alle zum Gebet auf. Betet für die führenden Politiker der Nationen, von denen viele sich als Christen verstehen: dass sie sich bei allen entscheidenden Beschlüssen wirklich vom Geist Christi leiten lassen. Schreibt ihnen, ruft sie an, teilt ihnen Eure tiefe Sorge mit. In besonderer Weise nehmt die Methodisten, Präsident Bush und Vizepräsident Cheney, in Eure Gebete auf, dass sie aufrichtig den Willen Gottes suchen, wenn sie ihre außerordentlich bedeutsamen Entscheidungen über Leben und Tod, Krieg und Frieden treffen. In Christus – Sharon A Brown Christopher“

Ich zitiere gerne ein deutsches Parallelbeispiel noch vor dem Afghanistankrieg: nämlich die konservative Eichstätter Kirchenzeitung, deren Chefredakteur Karl G. Peschke am 11.11. 2001 einen Leitartikel „Weltfriede in Gefahr“ schrieb:

„Präsident Bush jr. hat bisher nicht mehr als die Bescheinigung, die USA hätten das Recht, sich gegen Terroranschläge individuell und kollektiv zu verteidigen. Für einen Krieg ist das keine Legitimation. (...) Unverständlich ist, warum unter diesem Bundeskanzler die deutschen Soldaten in den Einsatz geschickt werden, ehe die Gründe und Ziele dafür transparent sind. Die Eilfertigkeit, in der diese rot-grüne Regierung sich bemüht, ihre Bündnistreue anzudienen, ist beunruhigend. Die Unfähigkeit dieser Regierung, in anderen als militärischen Kategorien zu denken, ist beschämend. Die mangelnde Bereitschaft, Bedenkenträger ernst zu nehmen, ist verhängnisvoll. (...) Der Kreuzzug gegen den Terrorismus hat – wenn das Wort keine Rückkehr ins Mittelalter bedeutet – mit modernen Mitteln zu geschehen: Dialog, Überzeugung, Entwicklung sind die modernen Synonyme für den Frieden.“

### TEIL 3 Das Friedenspotential von Religionen in politischen Gewaltkonflikten

Schlagen Sie die Zeitung auf, so springt Ihnen entgegen, wo religiöse Akteure wieder einmal Gewalt anwenden und Konflikte verschärfen:

Mord und Totschlag im christlichen

Randa oder Kenia, islamistische Terroranschläge in Afghanistan und Irak, Gewaltakte von Hindu-Nationalisten in Indien oder buddhistischen Extremisten auf Sri Lanka... Jede Religion hat Blut an den Händen, keine kann sie in Unschuld waschen.

Der Politikwissenschaftler Dr. Markus Weingardt ist Mitarbeiter der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft FEST e.V. (Heidelberg) und von Prof. Küngs „Stiftung Weltethos“ (Tübingen). In seinem vor kurzem erschienenen Buch: „RELIGION MACHT FRIEDEN - Das Friedenspotential von Religionen in politischen Gewaltkonflikten“ finden sich 40 Fallstudien und zahlreiche weitere Beispiele zu seiner These: „Religionen zählen zu den erfolgreichsten Friedensstiftern in Kriegen und Bürgerkriegen“. [Mit einem Vorwort von Dieter Senghaas und Hans Küng. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 2007, Euro 24,90; hier stütze ich mich auf seine eigene Zusammenfassung vom Sommer 08.]

Markus Weingardt geht von folgenden Fragen aus:

„Worüber nicht in den Medien berichtet wird, ist ein religiöses Friedenspotential. Man hört, sieht und liest nichts. Gibt es das vielleicht gar nicht? Dabei halten sich doch alle Religionen eigentlich für ganz friedlich. Sind das bloße Lippenbekenntnisse, das Schalom, Salaam und Friede auf Erden? Waren Gandhi oder Martin Luther King - tief religiöse Persönlichkeiten

und zugleich hoch politische Friedensakteure - einzigartige Erscheinungen? Wäre die Welt ohne Religionen wirklich friedlicher? Wenn Religionen aber gar nicht das Potential zum Frieden-Stiften haben, welchen Sinn macht dann ein interreligiöser Dialog, wie er ja besonders seit 9/11 allenthalben gefordert und vielfach praktiziert wird? Welchen Sinn machen die vielen Friedensgebete oder kirchlichen Friedenskreise? Ist das alles geistliche Selbstverdummung oder zumindest doch Selbstberuhigung?

Der Blick auf das Konstruktive religiösen Friedens-Stiftens zeigt eine Vielzahl von Erfolgsbeispielen, in denen religiöse Akteure signifikant zur Deeskalation von politischen Gewaltkonflikten und zur Vermeidung von Gewalt beitragen.“

Weingardt bringt u.a. folgende eindrucksvolle, leider oft verdrängte Beispiele:

- Im bürgerkriegsgeschüttelten Mosambik vermittelte die katholische Laienbewegung Sant'Egidio zusammen mit Bischof Goncalves 1992 ein dauerhaft stabiles Friedensabkommen.
- Die Protestbewegung in der DDR hätte sich ohne die Hilfe und Mitwirkung der evangelischen Kirche kaum entwickeln können, und die friedliche Revolution wäre nicht lange gewaltlos geblieben.
- Während des Genozids in Ruanda 1994, als christliche Hutus bis zu einer Million christliche Tutsis niedermetzten, widersetzte sich nur eine Bevölkerungsgruppe der Gewalt: die ruandischen Moslems beider Ethnien. Doch sie leisteten nicht nur passiven Widerstand, sondern halfen Flüchtlingen - gleich welcher Religion oder Ethnie - sehr aktiv, den Todesschwadronen zu entkommen, versteckten sie, versorgten sie mit Lebensmitteln, stellten sich schützend vor sie, nicht selten um den Preis des eigenen Lebens. Nach dem Krieg bat der Präsident dieses christlichsten aller afrikanischen Länder die muslimische Bevölkerung, „uns zu lehren, wie man zusammenlebt“.
- Nach jahrzehntelangen Scharmützeln verhinderte Papst Johannes Paul II 1978 in buchstäblich letzter Sekunde einen blutigen Krieg zwischen Chile und Argentinien und arbeitete sechs Jahre lang am letztlich erfolgreichen Abschluss eines Friedens- und Freundschaftsvertrages.
- Nach der Schreckensherrschaft von Pol Pot und den Roten Khmer, der rund ein Viertel der kambodschanischen Bevölkerung zum Opfer fiel (etwa zwei Millionen), begann der buddhistische Mönch Maha Ghosananda 1979 eine beeindruckende Friedens- und Versöhnungsbewegung, die sich zu einer unüberhörbaren Stimme in Politik und Gesellschaft entwickelt hat.

- Die vom protestantischen Pastor Frank Buchman initiierte „Moralische Aufrüstung“ (heute „Initiativen der Veränderung“ mit Sitz in Caux/ Schweiz) leistete in vielen Konflikten informelle Vermittlungsarbeit und sog. diplomatische „Gute Dienste“. Ganz besonders trug sie maßgeblich zur Verständigung und Versöhnung zwischen den einstigen Erbfeinden Deutschland und Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg bei.

- Im britisch besetzten Indien zur Zeit Gandhis war es der Moslem Khan Abdul Ghaffar Khan, der in der Nordwest-Grenzprovinz 1929 eine streng islamische, doch ebenso streng gewaltlose und tolerante Widerstandsbewegung aufbaute. Ausgerechnet im Volk der für ihre Gewalttätigkeit berüchtigten Paschtunen entwickelte sich ein Klima der Gewaltlosigkeit, das die Briten buchstäblich rasend machte und das sie mit hilfloser Brutalität niederzuschlagen versuchten - während Gandhi und andere bewundernd von einem modernen Märchen sprachen.

- Die weitgehend gewaltlose Überwindung der Unterdrückungsherrschaft des philippinischen Diktators Ferdinand Marcos war 1986 in erster Linie dem Engagement weiter Teile der katholischen Kirche zu verdanken. Vor allem Ordensleute und Priester in den Basisgemeinden überzeugten das Volk von einem gewaltlosen Vorgehen und legten den Grundstein für den Erfolg der Rosenkranz-Revolution.

- Schon im indisch-pakistanischen Grenzkonflikt in Kaschmir (1965/66) und im äußerst blutigen Bürgerkrieg in der nigerianischen Provinz Biafra (1967-70) waren Vertreter der Quäker - eine der historischen Friedenskirchen - vermittelnd aktiv und sind dies bis heute in zahlreichen kriegerischen Auseinandersetzungen, jedoch ganz bewusst hinter den Kulissen, abseits der medialen Aufmerksamkeit.

- In Nicaragua, El Salvador, Guatemala und anderen lateinamerikanischen Staaten waren besonders in den 1980er- und 1990er-Jahren, und sind bis heute einzelne katholische Bischöfe, aber auch der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) oder der Lutherische Weltbund in vielfältiger und entscheidender Weise an der Überwindung von Gewaltkonflikten beteiligt.

- Im Irak sprach der schiitische Großayatollah Ali Al-Sistani sogenannte Fatwas (religiöse Gutachten) gegen die Anwendung von Gewalt aus, egal gegen wen diese gerichtet war. Durch seine Intervention konnten im Jahr 2004 die wochenlangen Kämpfe US-geführter Truppen gegen islamistische Rebellen in Nadschaf beendet und eine Erstürmung der bedeutenden Omar-Moschee abgewendet werden.

- 1972 vermittelte der ÖRK ein Friedensabkommen zwischen den Bürgerkriegsparteien im Sudan, das immerhin elf Jahre Bestand hatte. Auch heute sind die christlichen Kirchen im Sudan wichtige Motoren einer Verständigung sowohl zwischen Moslems und Christen als auch zwischen verschiedenen Stämmen.

- In Bosnien-Herzegowina und im Kosovo, in Liberia und in Sierra Leone trugen nationale Interreligious Councils, initiiert von der Weltkonferenz der Religionen für Frieden (WCRP), in herausragender Weise zur konstruktiven und friedlichen Bearbeitung von politischen Konflikten bei.

Dies sind nur wenige von mehreren Dutzend Beispielen - von Albanien über Birma, Kenia, Mexiko, Polen und Südafrika bis Zimbabwe - in denen durch das Eingreifen religiös motivierter Männer und Frauen Gewalt beendet oder verhindert wurde. Natürlich waren die religionsbasierten Friedenskräfte nicht die einzigen Akteure und selten im Alleingang erfolgreich. Aber sie leisteten entscheidende, also unverzichtbare Beiträge zur Deeskalation, die sonst niemand zu leisten im Stande oder willens war.

Markus Weingardt zieht aus seinen Forschungen und aus diesen Beispielen eine verblüffend einfachen Schluss „Religiöse Akteure genießen Vertrauen“: Er sagt: „Die genaue Untersuchung der Fallstudien zeigt: Selbst wenn im Namen derselben Religion schlimmes Unheil angerichtet wird, wenn vielleicht sogar religiöse Akteure in demselben Konflikt die Gewalt schüren - dennoch weckt es vielfach Vertrauen, wenn sich Friedensakteure unter Berufung auf ihre Religion - ihre Heiligen Schriften, ihre Traditionen, ihre religiösen Werte - für Frieden engagieren. (...) Wenn religiöse Akteure aber den Vertrauensvorschluss bestätigen können, wenn sie als glaubwürdige und kompetente Vermittler akzeptiert werden, dann sind ihre Möglichkeiten der Konfliktbearbeitung fast unbegrenzt.“

[Nur schriftl. Fassung: „Es gibt Tausende religiöser Friedens- und Versöhnungsinitiativen auf kommunaler Ebene, die hervorragende - und oftmals riskante - Arbeit leisten und für die betroffenen Menschen eine große Hilfe und Ermutigung sind. - Die oben erwähnten Beispiele demonstrieren allerdings den Einfluss religiöser Akteure auf höchster politischer Ebene - jener Ebene, auf der andere Akteure bis hin zu den Vereinten Nationen zuvor gescheitert waren. Doch warum waren religionsbasierte Konfliktvermittler hier erfolgreich? Was war die Besonderheit dieser religiösen Akteure? Wodurch waren sie geeignet, und warum wurden sie als Vermittler akzeptiert? - Die Antwort ist so einfach wie überraschend: Sie genossen das Vertrauen der Konfliktparteien! Das mag erstaunen, wo Religionen doch so viel Gewalt und Leid fördern.]



Und Markus Weingardt findet mit Recht, Christen hätten eine „Verpflichtung zum Frieden“ - er klagt und fordert:

„Doch das Wissen und Bewusstsein um die Friedenskompetenzen religiöser Akteure ist wenig verbreitet, in Politik und Gesellschaft wie leider auch bei den Religionsgemeinschaften selbst. Sogar einzigartige Vermittlungserfolge bleiben oftmals unbemerkt von der Öffentlichkeit. Viele Menschen hierzulande lehnen Kirchen beziehungsweise institutionalisierte Religionsgemeinschaften für sich ab und ignorieren im Zuge dessen auch das Konstruktive, das sie leisten. Auf der anderen Seite fehlen den Gläubigen, die eine Verantwortung für den Frieden empfinden, die positiven Beispiele, an denen sie sich orientieren und aufrichten könnten. Ihr guter Wille geht dann zugrunde an der täglichen Entmutigung durch die jüngsten Kriegsberichte.

Darum sind die Religionen und Kirchen aufgerufen, sich noch viel stärker mit ihrem Friedensanspruch, ihrer Friedensverantwortung und ihren Friedenskompetenzen auseinanderzusetzen. Sie sind aufgerufen, der Resignation die Erfolge und den ständigen „bloody news“ ein lautes „Trotzdem!“ entgegen zu halten. Die Frage von Krieg und Frieden ist viel zu wichtig, um sie alleine Politikern und Militärs zu überlassen!“

#### TEIL 4: Alternativen wurden politikfähig

In den letzten 20 Jahren sind Alternativen allmählich politikfähig geworden: Beispiele aus Deutschland, an denen ich beteiligt war, sind: (1) pax christi, (2) Ziviler Friedensdienst und (3) Schalomdiakonat.

(1) Kardinal Lehmann sagte als Vorsitzender der DBK in seinem ermutigenden Grußwort an Pax Christi International als Hausherr in Mainz am 7.11.2001 - wenige Wochen nach den Terroranschlägen in den USA:

„Gewaltlosigkeit gehört in das Zentrum kirchlichen Handelns“! Die Suche nach Frieden sei keine Marginalie, kein Nebenaspekt der christlichen Botschaft, sondern letztlich die Konsequenz des Gebotes der Liebe aus der Bergpredigt und des Verhaltens Jesu sowie seine Todes am Kreuz. (...) In einer Zeit, in der die Gewalt nicht nur weltweit zugenommen hat, sondern in der sie auch hemmungsloser in brutalen Formen und Dimensionen sich durchsetzt, ist die Verkündigung des biblischen und christlichen Friedens umso drängender. (..) Es gibt keine Rechtfertigung von Gewalt und Krieg, in welcher der Entscheidungsträger nicht gleichsam durch das Feuer der Friedensforderung Jesu Christi hindurch gegangen ist und sich radikal der Einladung zum Frieden geöffnet hat.“ (Mainzer Bistumsnachrichten vom 7.11.2001)

pax christi ([www.paxchristi.de](http://www.paxchristi.de) und [www.paxchristi.net](http://www.paxchristi.net)) gehört zu den Trägern der beiden nun zu erwähnenden Initiativen: Schalomdiakonat und ZFD.

(2) Das „Schalomdiakonat“ ([www.schalomdiakonat.de](http://www.schalomdiakonat.de)) setzt eine Vision und Forderung der ökumenischen europäischen und Weltversammlungen der späten 80er und frühen 90er Jahre um, die im sog. „Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ entstanden. Mit „Schalomdiakonat“ bezeichneten wir seit Anfang der 90er Jahre - damals unter Berufung auf die Beschlüsse der Ökumenischen Versammlungen zwischen 1988 und 1991 (in Dresden, Basel und Seoul) - einen Lebens- und Berufsentwurf, der nach eingehender Prüfung und Qualifizierung von berufskundigen Menschen über 30 eingeschlagen werden kann, um stärker für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung zu arbeiten. Bei der 2. Europäischen Ökumenischen Versammlung in **Graz** 1997 wurde unter Berufung auf die erste in Basel 1989 festgestellt (Hintergrundmaterial Graz, B 39):

*„Das Engagement der Kirchen für nichtmilitärische Konfliktlösungen, vorbeugende Maßnahmen und Versöhnungsarbeit in politischen, sozialen, ethnischen und religiösen Spannungsfeldern verlangt eine große Anzahl von Personen, die in Grundhaltungen und Methoden gewaltfreier Konfliktbearbeitung geschult sind. In Basel (EÖV I, 1989, Nr.80) wurde deshalb angeregt, die Kirchen sollten ökumenische Schalom-Dienste bilden, um Männern und Frauen die Gelegenheit zu bieten, sich für Völkerverständigung zu engagieren.“*

Es werden Menschen gesucht und qualifiziert, die professionell für solche Arbeit verfügbar sind - entweder langfristig, oder immer wieder kurzfristig, entweder im veränderten alten Beruf oder in völlig unkonventionellen Wegen. Grob gesagt, drittelt sich die Teilnehmerschaft: ein Drittel trifft zunächst keine Grundsatzentscheidungen, sondern möchte die Anregungen gewissermaßen in Ruhe verarbeiten und biographisch integrieren; ein weiteres Drittel geht in selbst schon entwickelte Projekte oder ins eigene Berufsfeld zurück, um dort neue Akzente zu setzen; ein 3. Drittel beginnt einen völlig neuen Weg – privat und beruflich. - Mit dem Konzept "Schalomdiakonat" wurde eine im Prinzip eigenständige, kirchlich getragene und christlich inspirierte Form langfristigen bis lebenslangen Dienstes für Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfung entwickelt.

Im Inland zeichnen sich u.a.folgende Aufgabenfelder des Schalomdiakonats ab:

- \* Gemeinwesenarbeit in sozialen Brennpunkten und multikulturellen Wohngebieten
- \* offen(siv)e interkulturelle Jugendarbeit in Deutschland
- \* Arbeit gegen Fremdenfeindlichkeit (von interkultureller Kooperation bis Kirchenasyl)
- \* Mediation in vielfältigen Zusammenhängen (familien-, berufsgruppen-, gesellschaftsbezogen)
- \* Konfliktbearbeitung in Schulen und Jugendzentren ("Schritte gegen Tritte")
- \* Training in gewaltfreier Aktion in gesellschaftlichen Konflikten

- \* „Präsenz“ in Konfliktgebieten, -situationen und entsprechenden Gruppenkonstellationen
- \* „Präsenz“ in „Oasen“ der Gemeinschaft, der Retraite, des unterstützenden Gebetes

Im Ausland wären vorrangig zu nennen:

- \* Verständigungs-, Versöhnungs- und Hilfsdienste wie z.B. der internationale Eskortendienst für gefährdete Personen der Peace Brigades International (PBI)
- \* Krisendiplomatie durch NRO-Angehörige
- \* Aufbau von Schalomzentren in Konfliktgebieten zur Fortbildung in gewaltfreien Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionsmöglichkeiten
- \* Wahlbeobachtungsprogramme der Kirchen, der OSZE u.a. NRO's (Monitoring)
- \* Versöhnungskommissionen und Runde Tische zur Aufarbeitung erfahrenen Unrechts
- \* Traumaarbeit, Rück-/Begleitung von Flüchtlingen und Flüchtlingssozialarbeit
- \* Interreligiöse Verständigungs- und Versöhnungsarbeit (z.B. „Abraham“ in Sarajevo))

(3) Der Zivile Friedensdienst – für die meisten Initiatoren eine Langfrist-Alternative zum Kriegsdienst - wurde nach ersten Ansätzen in den 80er Jahren ab Mitte der 90er ernsthaft politisch diskutiert und „von unten“ gefordert. Die Regierung Schröder ließ ihn unter dem Dach des Entwicklungs-Ministerium entwickeln. Der ZFD steht allerdings mittlerweile in der Gefahr der Vereinnahmung in ein sicherheitspolitisches Konzept militärisch verstandener „Erweiterter Sicherheit“ eingebunden zu werden, wie im Weißbuch 2006 festgeschrieben ([www.weissbuch.de](http://www.weissbuch.de)). Noch kann er diesem Druck standhalten. Vor wenigen Wochen wurde das Haushaltsvolumen im Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 2009 erhöht auf 30 Millionen Euro (2008: 19 Mio). (<http://www.forumzfd.de>)

(4) Weltpolitisch ist das neue UN-Konzept „R2P“ = Responsibility to Protect eine Hoffnung und ein Weg, den auch der ÖRK mitgehen will, Konflikte konsequent und vorrangig zu lösen und nur im Sinne der UN-Charta „zum Schutz bedrohter Bevölkerungen“ und zur Wahrung des Weltfriedens not-falls auch mit militärischen Mitteln einzugreifen. Das kann hier nicht ausgeführt werden.

(5) Abschließend zu diesen praktischen Beispielen – PC, SD, ZFD, R2P) möchte ich den ehemaligen Limburger Bischof Kamphaus zitieren, mit Worten, die er zwei Tage nach dem 11.September in seiner Predigt in St. Bonifatius/Wiesbaden fand. Ich nenne sie eine tragende Säule der neuen Friedensethik der Kirchen:

" Es gibt den uralten Traum der Menschen, sich gegen den Angriff des Bösen abzuschirmen, sich unverwundbar zu machen. (...) Gott ist kein

Supersiegfried, kein Superachill. Er ist angeschlagen, verwundet. (...) Das Kreuz offenbart die ganze Gewalttätigkeit, die ganze Macht des Bösen, zu dem Menschen fähig sind. Aber nicht nur das. Es offenbart die Gewaltlosigkeit Gottes. Wir sind nicht durch Gewalt erlöst, nicht durch die Liebe zur Macht, sondern durch die Macht der Liebe."

TEIL V: Aktuelle Forderungen aus dem Geist des „Gerechten Friedens“  
Eingabe der Arbeitsgruppe „Frieden heute“ nach Sibiu (Prof. Th. Hoppe, Hamburg; Prälat Dieter Grande, Dresden, Dr. R. Voß, Wethen; u.a.)

## **Überwindung der Institution des Krieges – Prävention gegen Gewalt**

**Die Ursachen von Krieg und Gewalt beseitigen:** Es müssen weltweit politische Strukturen geschaffen werden, in denen Menschen aus Armut und Unterdrückung befreit, zu Subjekten ihrer eigenen Geschichte werden können. Zwischen dem Streben nach mehr Gerechtigkeit, Wahrung und Gestaltung des Friedens und einem schonenden Umgang mit der Natur und allen natürlichen Ressourcen besteht ein unlösbarer Zusammenhang. Aus Verzweiflung über ihre Perspektivlosigkeit und die Missachtung ihrer Menschenrechte und Grundfreiheiten neigen Menschen, Völker und Staaten dazu, ihre berechtigten Forderungen mit Mitteln der Gewalt durchsetzen zu wollen. Der Aufbau einer gerechten Friedensordnung muss die Freiheitsrechte der Menschen ebenso wie ihre sozialen, ökonomischen und kulturellen Rechte verwirklichen helfen.

**Ein weltweites Gemeinwohl anstreben:** Die nationale wie internationale Politik muss künftig bei allen zu fällenden Entscheidungen die legitimen Interessen aller dadurch Betroffenen berücksichtigen. Die Verantwortlichen der einzelnen Staaten müssen endlich erkennen, dass das Schicksal ihres eigenen Landes verflochten ist mit dem Gemeinwohl der ganzen Welt. Kurzfristig erzielte Machtvorteile können langfristig verheerende Folgen zeigen.

**Zivilgesellschaftliche Akteure stärken:** Die Stärkung der Kooperation zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren mit ihren jeweils unterschiedlichen Aufgabenfeldern ist eine unverzichtbare Voraussetzung einer nachhaltigen Friedenssicherung. Um ein zeitgerechtes Handeln in Krisensituationen zu sichern, ist eine wahrheitsgemäße Berichterstattung der Medien, der Aufbau eines Frühwarnsystems aller Hilfsorganisationen, ziviler Friedensdienste und der Kirchen und Religionsgemeinschaften dringend notwendig. Die zivilen Friedensdienste bedürfen einer intensiven Qualifizierung ihres Personals ebenso wie finanzieller Förderung. Wenigstens 10 Prozent aller Ausgaben für Rüstung und Militär sollten für den Aufbau ziviler Friedensdienste bereitgestellt werden.

**Gewaltprävention als die wichtigste Aufgabe unserer Tage verstehen:** Nicht Gewöhnung an Gewalt in ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen, sondern

Gewaltprävention in Erziehung, Bildung und Medienarbeit ist vordringliche Aufgabe. Über alternative Möglichkeiten, der Gewalt zu begegnen, muss umfassend informiert und sie müssen durch entsprechende Programme eingeübt werden. Die finanzielle Förderung von Projekten, die antidemokratischen, gewaltbereiten politischen Orientierungen in der Gesellschaft entgegenstehen, ist sicher zu stellen.

**Nachsorge nach akuter Gewaltanwendung als Präventionsarbeit konzipieren:** Unverzichtbare Aufgaben, auch für zivile Friedensdienste, liegen in der Integration oder Rückführung von Vertriebenen und Flüchtlingen in ihre Heimat, der Sorge für die durch Gewalterfahrungen Traumatisierten, der Rückführung ehemaliger Kämpfer in ein ziviles Leben, im Umsteuern von Kriegsökonomien auf ein Wirtschaften unter friedensfördernden Bedingungen, in der Errichtung einer politischen Ordnung, die die Menschenrechte garantiert. Kirchen und Religionsgemeinschaften sollen sich insbesondere um Prozesse zur allmählichen Aussöhnung verfeindeter Personen und Gruppen bemühen. Sie sollen Räume schaffen, in denen es möglich wird, sich der Erinnerung an erlittenes Unrecht und Gewalterfahrungen zu stellen und sie zur Sprache zu bringen. In unbewältigter Vergangenheit liegt fast immer ein Keim für künftige Gewaltanwendung.

**Das Gewaltverbot der Charta der Vereinten Nationen durchsetzen:** Noch bestehen erhebliche Regelungslücken im Hinblick auf innerstaatliche und zwischenstaatliche Konflikte, die dringend zu schließen sind. Doch nicht nur die Normen des internationalen Rechts, auch die Möglichkeiten ihrer Durchsetzung müssen gestärkt werden. Um den Aufgaben und Erfordernissen der Gegenwart gerecht zu werden, ist daher eine Reform der Vereinten Nationen zu unterstützen und voran zu bringen.

Die 3. Europäische Ökumenische Versammlung in Sibiu beschloss immerhin (Sept.2007):

„Der Friede ist ein großartiges und wertvolles Geschenk. Ganze Länder sehnen sich nach Frieden; ganze Völker warten darauf, von Gewalt und Terror befreit zu werden. Nachdrücklich verpflichten wir uns zu erneuerten Bemühungen auf dieses Ziel zu. Wir lehnen Krieg als Instrument zur Konfliktlösung ab, fördern gewaltfreie Mittel zur Schlichtung von Konflikten und sind besorgt angesichts der militärischen Wiederaufrüstung. Gewalt und Terrorismus im Namen der Religion widersprechen der Religion.“

## 2 Anhänge

1. Radio Vatican vom 9.11.2008: Lombardi begrüßt Fortschritte im Dialog
2. Mein Podiums-Beitrag als Impuls beim „Friedensratschlag“ in Kassel am 2.12.2001

### **Lombardi begrüßt Fortschritte im Dialog**

Als einen „Schritt in die richtige Richtung“ hat Vatikansprecher Federico Lombardi das erste Katholisch-Islamische Forum bezeichnet. In einem Editorial für Radio Vatikan hebt Lombardi den qualitativen Unterschied hervor, den dieses am Donnerstag zu Ende gegangene Treffen kennzeichne:

*„Die Kirche trifft sich regelmäßig mit verschiedenen muslimischen Repräsentanten, aber dieses Treffen hat gezeigt, dass es möglich ist, wesentliche Themen tiefer und aufrichtiger anzugehen und mit größerer Klarheit und Ehrlichkeit zu benennen, was uns eint und was uns trennt. Die Abschlusserklärung enthält Wichtiges zu den Themen Religionsfreiheit, Menschenwürde und der gleichen Würde von Mann und Frau. Der gemeinsame Einsatz für eine gerechte und friedliche Welt ist verwurzelt in dem gemeinsamen Glauben an die Erschaffung des Menschen durch einen Gott, der uns liebt und der uns zur Liebe beruft.“*

Lombardi hofft, dass das Dialogbemühen nun Kreise zieht und sich in der islamischen wie der christlichen Welt fortsetzt.

*„Das beiderseitige Benennen von schwierigen Situationen wie die Angriffe auf Christen im Nahen Osten und ihr Exodus, oder auch die jüngsten Angriffe auf Moslems in Bosnien, oder auch der politische Missbrauch von Religion machen den Dialog komplex und schwierig, aber all das darf ihn nicht behindern und zum Abbruch führen. Benedikt XVI. lädt dazu ein, die Vorurteile zu überwinden und das schiefe Bild über den anderen zu revidieren. Die Wegstrecke bleibt lang, aber dieser jetzige Schritt geht in die richtige Richtung.“*

Das Katholisch-Islamische Forum war „ein guter Anfang in Freundschaft“. Das glaubt der ägyptische Jesuit Samir Khalil Samir, der in den letzten Tagen an dem hochkarätigen Forum im Vatikan und in Rom teilgenommen hat. In einem Kommentar für die Nachrichtenagentur asianews unterstreicht der im libanesischen Beirut arbeitende Samir vor allem das „ruhige, freundschaftliche Klima“ der Gespräche: „Einige Male gab es Nervosität, aber nur sehr wenig.“ Die Teilnehmer hätten sich viel Zeit genommen, um einander zuzuhören und ihre Ansichten auszutauschen. Samir betont auch die „Qualität und Ernsthaftigkeit“ der Dialogpartner: Sie seien „intellektuell wie spirituell ... von höchstem Niveau“ gewesen. Einer der heikelsten Punkte sei das Thema der Gewissens- und Religionsfreiheit gewesen; hier habe der Großmufti von Sarajewo, Mustafa Ceric, teilweise starke Bedenken von islamischer Seite ausgeräumt – mit dem Argument, die Formulierung in der Schlusserklärung zur Religionsfreiheit entspreche der UNO-

Menschenrechtserklärung. Und diese sei auch von vielen islamischen Regierungen unterzeichnet worden. „Ich habe den deutlichen Eindruck bekommen“, so Samir, „dass in der islamischen Welt stärker die Begegnung mit den Christen gesucht wird.“ Mit einem Bekenntnis zu Religionsfreiheit und Minderheitenschutz sowie einer klaren Absage an Gewalt war am Donnerstag das Katholisch-Islamische Forum in Rom zu Ende gegangen. Am selben Tag hatte Papst Benedikt XVI. die Teilnehmer des Treffens in Audienz empfangen. Er rief Christen und Muslime zum gemeinsamen Einsatz für die Menschenrechte und gegen Gewalt, Armut und Ungerechtigkeit auf.

## Anhang 2: „7 Jahre verloren“? Ich zitiere mich selbst aus 2001

### **Mein Podiums-Beitrag als Impuls beim Abschlussplenum des Friedensratschlags Kassel am 2.12.2001**

Ich kann nicht für „die“ Kirchen sprechen, wohl aber für die deutsche Sektion der internationalen Katholischen Friedensbewegung „pax christi“, deren Generalsekretär ich seit dem Frühjahr 2001 bin. Mein Vorgänger Joachim Garstecki ist nach dem jahrelangen sog. Pazifismusstreit in unserer Bewegung (90er Jahre, besonders nach Srebrenica 1995) in der Öffentlichkeit oft als Vertreter der „ultima ratio“-These vom Einsatz des Militärs als letztem Mittel bei schweren Menschenrechtsverletzungen dargestellt worden. Er hatte dies meist eher peripher genannt, wurde aber damit in Schlagzeilen zitiert. Ich habe nach meinem Amtsantritt unmissverständlich gesagt – aus Überzeugung, aber auch um schnellen Vereinnahmungen zu entgehen: Ultima ratio und militärische „humanitäre Interventionen“ sind Begriffe, die ich nicht verwende und nicht unterstütze. Denn die „Institution des Krieges“ ist für mich historisch überholt – nicht zuletzt wegen des blutigsten Jahrhunderts der Weltgeschichte, des 20., und der Massenvernichtungsmittel, der unweigerlich stattfindenden Massentötung von Zivilisten und der inzwischen vorhandenen Alternativen ziviler Konfliktbearbeitung.

Wir sind in der Friedensbewegung der 80er Jahre mit dem lauten „Nein ohne jedes Ja“ (zu Massenvernichtungsmitteln) angetreten, haben dann in den 90ern angesichts des (2.) Golfkrieges hart (politisch, pädagogisch, spirituell) an Alternativen der zivilen Konfliktbearbeitung und des Zivilen Friedensdienstes, in der Asyl- und Menschenrechtsbewegung gearbeitet, also an einem konsequenten „Ja“. Da war die Friedensbewegung nicht mehr massenhaft auf den Strassen zu sehen, aber sie war in vielfältigen Alternativprojekten zum Krieg tätig – gerade auch in Kriegs- und Krisengebieten. Erst im letzten Jahr habe ich neu gelernt, dass wir bei diesem „Ja“ das „Nein“ zu sehr zurückgestellt

hatten und dass Ja und Nein zusammen gehen müssen: das Ja der Zivilen Konfliktbearbeitung und das Nein des Antimilitarismus.

Friedensfachkräfte sind mehr als Lückenbüßer: „Das Spektrum reicht von der im engeren Sinn politischen Dimension über den Ausbau oder den Aufbau verlässlicher Infrastruktur für zivile Konfliktbearbeitung bis hin zur Erneuerung gestörter zwischenmenschlicher Beziehungen (...) sei es als potentieller „Bürger-als-Friedensstifter“ auf der Ebene politischer Multiplikatoren unterhalb der höchsten politischen Führungsebene, sei es als Beobachter von Gerichtsverfahren und Wahlen, sei es als Vermittler von Dialogen zwischen verfeindeten Kollektiven.“ (EKD-Zwischenbilanz „Friedensethik in der Bewährung“, Hannover 2001, S.89)

Im Rahmen ökumenischer Basisgruppen und Netzwerke, der Szene, zu der ich seit 20 Jahren gehöre und die für 2004 eine große Ökumenische Basisversammlung plant, werden derzeit Thesen zu „nachhaltiger Friedensarbeit“ entwickelt, deren Zielrichtung ich im Sinne eines vielfachen „Paradigmenwechsels“ noch kurz skizzieren will, indem ich die Überschriften zitiere:

1. Vom gerechten Krieg zum gerechten Frieden
2. Von einer am eigenen Nutzen orientierten Interessenpolitik zu einer Politik, die einem übernational verstandenen Gemeinwohl dient.
3. Von machtpolitischer Konkurrenz zu einem Konzept kooperativer Sicherheit
4. Von der Gewaltanwendung in vielfältigen Formen zur Minimierung jeglicher Gewalt
5. Von der Minimierung zur „Überwindung von Gewalt“ (Dekade des Ökumenischen Rates der Kirchen 2001-2010)
6. Vom nationalstaatlichen Gewaltmonopol zum Gewaltmonopol der UNO
7. Vom Beschweigen von Schuld zur Nachsorge bei Konflikten
8. Von einer der militärischen Logik untergeordneten religiösen Betreuung der Soldaten zur friedensfördernden Seelsorge

„Christen in der Friedensbewegung“ nannten wir uns in den 80er Jahren. Auch heute beteiligen wir uns daran, denn wir brauchen eine neue breite außerparlamentarische Friedensallianz!